

Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich M. 4.50 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergaben 5/1.

Samstag
4. Februar 1922

Anzeigen

finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die einseitige mm-Zeile kostet 30 Pfg., bei Mehr- aufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

Nr. 5

Inhalt der Nummer:

- Der preußische Staatshaushalt. Von D. Dr. v. Campe, Regierungspräsident a. D., M. d. L.
- Das Steuerkompromiß. Von Dr. Otto Hugo, Mitglied des Reichstags und des Reichswirtschaftsrats.
- Die Finanznot der Gemeinden. Von Reichsminister a. D. Dr. Schoß, M. d. R.
- D. B. P. und die letzte Besoldungsverbesserung.
- Die Eisenbahn und die Staatswirtschaft. Von Dr. R. Quack, M. d. R. (Schluß.)
- Grundsätze der Deutschen Volkspartei. (Schl.)
- Den Finger drauf.
- Aus den Parlamenten.
- Aus der Partei.
- Briefkasten.

Der preußische Staatshaushalt.

Dr. D. Dr. v. Campe, Regierungspräsident a. D., M. d. L.

Der Staatshaushaltsplan Preußens schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 29,1 Milliarden ab. Er balanciert also. Das Gleichgewicht wird nur hergestellt durch die Einstellung von 948 Millionen Mark, die aus der vorgeschlagenen Grundsteuer stammen sollen. Der Gesetzentwurf liegt vor. Ob er genehmigt wird, steht dahin; er ist am 28. Januar einer Kommission überwiesen worden. In dem Haushaltsplan sind noch nicht eingestellt die 1921 bewilligten Gehaltserhöhungen. Diese machen rund 3 Milliarden aus. Man hofft sie decken zu können durch erhöhte Steuerüberweisungen vom Reich. In gleicher Weise sollen diejenigen 1,50 Milliarden gedeckt werden, die für diese Erhöhungen für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 1. April 1922 erforderlich sind. Ob diese 4,50 Milliarden überhaupt, und in welcher Höhe sie eingehen, ist durchaus unsicher. Dann ständen wir vor einem großen Defizit. Das könnte sich noch vergrößern, da auch aus 1920 und 1921 ein Defizit zu decken ist. Das für 1920 beläuft sich auf rund 2,8 Milliarden. Es soll gedeckt werden wiederum durch Steuerüberweisungen vom Reich in Höhe von 800 Millionen und durch Forderungen, die Preußen an das Reich aus Kriegswohlfahrtspflege hat. Das Reich hat diese Forderung aber nicht bezahlt. Der Fehlbetrag für 1921 berechnet sich, falls die 1500 Millionen an Überweisungen eingehen, auf zirka 2,4 Milliarden. Der Rest soll durch die Grund-

steuer gedeckt werden, die auch für 1921 erhoben werden soll.

Das sind traurige Zahlen. Sie zeigen eine bedenkliche Abhängigkeit vom Reich. Das ist die Folge der Erzberger'schen Steuerpolitik. Preußen erhebt heute nur noch rund 81 Millionen Steuern. Das ist für einen selbständigen Staat in der Größe Preußens unerträglich. Das Verlangen nach neuen Steuern ist daher begreiflich. Der gewaltige Steuerdruck, dem das Reich uns aussetzt, macht nichtsdestoweniger ernsteste Prüfung der Grundsteuer zur Pflicht. Die Unsicherheit der Etatverhältnisse macht sich in den Staaten und Gemeinden geltend. Der Ausfall eigener Deckungsmöglichkeiten, die Ungewißheit der Einnahmen vom Reich mindert die gewissenhafte Prüfung der Notwendigkeit von Ausgaben.

In den 29,1 Milliarden stecken 14,8 Milliarden durchgehende Beträge, so daß die Etatlast in Wirklichkeit nur 14,3 Milliarden beträgt — immer noch genug. 1914 wiesen die entsprechenden Zahlen nur 2,1 Milliarden aus. Das ist eine Steigerung auf das Siebenfache. Die Steigerung von 1921 auf 1922 beträgt etwa 33 1/2 Proz. Die Etatjournale werden mit der Teuerung weiter emporschnellen. Die Teuerung seit 1914 stieg für das Inland von 1 auf 15, für den Weltmarkt auf etwa 50. Je mehr wir uns mit dem Abbau der Zwangswirtschaft den Weltmarktpreisen nähern, um so höher werden auch die Etatjournale sich stellen. Am 1. April 1920 war Preußen infolge Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich schuldenfrei; heute hat es 4,1 Milliarden Schulden!

Die Etatjournale entsprechen nicht überall der Wirklichkeit. Der Etat, der im November schon fertig gestellt ist, hinkt der Wirklichkeit nach. Manche Zahlen sind anfechtbar. Bei einer Gesamteinnahme von rund 1900 Millionen aus den staatlichen Bergwerken sind die Einnahmen aus Kohlen gegen 1921 nur um 46 Millionen, also nur um etwa 2 1/2 Proz. höher angelegt. Daß die Kohlenpreise aber eine weit größere Steigerung erfahren, ist allbekannt. Diese Bemessung ist allzu vorsichtig und widerspricht den Tatsachen. Es wird in allen Betriebsverwaltungen eine auf kaufmännischen Grundsätzen aufgestellte Etatifizierung stattfinden müssen und darüber hinaus eine sich wirtschaftlichen Grundsätzen anpassende Betriebsform einzurichten sein. Das will der Finanzminister. Die Form wird nicht leicht zu finden sein.

Der Etat zeigt ein starkes Extraordinarium. Auf 14,3 Milliarden insgesamt sind 5,9 in das Extraordinarium verwiesen. Das ist zu billig. In einer Zeit täglicher Valutaschwankungen, in einer Zeit der

Unübersehbarkeit der uns noch zugemuteten Lasten, in einer Zeit der Unberechenbarkeit der wirtschaftlichen Konjunktur, ja der Grundlagen unserer Wirtschaft mußte so verfahren werden.

Bei aller Sparsamkeit sind die Beträge, die der Staat für Kulturaufgaben aller Art, geistige, wirtschaftliche, soziale, auswirft, wesentlich erhöht. Für Arbeiterwohnungen, für Meliorationen, Säuglingspflege, Volksgesundheit, Bildung und Wirtschaft sind beträchtlich höhere Summen ausgeworfen. Um nur eine Zahl zu nennen, so weist der Kultusetat allein im Ordinarium eine Steigerung von 86, im Extraordinarium eine solche von 250 Millionen gegen 1921 aus bei einer Gesamtausgabe von etwa 2,7 Milliarden.

Die Kriegs- und Revolutionsfolgen zeigen sich im Etat z. B. mit fast 600 Millionen an Arbeitslosenunterstützung, mit 100 Millionen an Ersatz für Schäden durch innere Unruhen; — eine traurige Zahl diese letzte, um so trauriger, als die Gemeinden noch denselben Betrag aufzuwenden haben.

Es ließe sich noch viel sagen über die Zahlen des Etats. Doch Zahlen verwirren. Alles in allem: ein Bild des Aufstiegs und des Aufstiegswillens, ein Kulturretat auf noch unsicherer Grundlage, dem die Kriegs- und Revolutionsfolgen nach anzusehen sind, — der die Pflicht unbedingtester Sparsamkeit uns auferlegt.

Das Steuerkompromiß.

Von Dr. Otto Hugo,

Mitglied des Reichstags u. des Reichswirtschaftsrats.

Die Politik hat von realen Tatsachen auszugehen und dementsprechend auch diejenigen Tatsachen zu beachten, die nicht durch die eigene Einflußnahme geschaffen sind und für die der Politiker die Verantwortung nicht zu tragen braucht. Eine solche Tatsache ist es, daß die deutsche Politik sich seit Wochen nach innen und nach außen in einer sehr kritischen Lage befindet. Auch wenn zum ersten Male ein deutscher Vertreter als Verhandlungsteilnehmer in Cannes gehört worden ist, so bleibt noch für lange die Tatsache bestehen, daß die uns gegenüberstehenden Mächte unser Schicksal bestimmen. Daraus ergibt sich naturgemäß eine Zwangslage. Auch wenn man der Überzeugung ist, daß die Herren Dr. Wirth und Dr. Rathenau die deutsche Sache nicht so vertreten haben, daß man ihnen zustimmen vermag, so bleibt für unser Schicksal das entscheidend, was

In Cannes zunächst an politischen Tatsachen geschaffen wurde: vergleichsweise betrachtet gewiß eine Entspannung, aber absolut genommen eine Forderung, die nach wie vor unerfüllbar ist. Ein Land, das mit 2 Milliarden Gold seiner Außenhandelsbilanz im Defizit steht, ist an sich unfähig, auch die „ermäßigte“ Leistung von 700 Millionen Goldmark, 1200 Millionen Sachleistungen und unbegrenzten Hunderten von Millionen in Gold für Besatzungskosten aufzubringen. Trotzdem muß von der deutschen Seite die Leistungsfähigkeit auf das schärfste angespannt werden, damit sich nicht der politische Zustand nach außen hin verschlechtert. Es muß vor allen Dingen der Beweis erbracht werden, daß es in Deutschland nicht nur Parteien gibt, von denen jede ihre eigene Meinung hat, sondern daß in Deutschland die Möglichkeit besteht, die Parteien zu einer Handlung zusammenzufassen, die zwingend im deutschen Interesse gelegen ist. Diese Aufgabe hieß: Sanierung der deutschen Finanzen, Beseitigung der Reichsdefizitwirtschaft. Wenn der Reichstag nicht fähig wäre, in dieser Frage zu einem Abschluß zu gelangen, so wäre das nicht nur eine Bankrotterklärung des Parlaments, sondern auch die schwerste Schädigung der außenpolitischen Lage. Kein anderer als Deutschlands französischer Widersacher würde Nahrung daraus saugen, wenn der Deutsche Reichstag auf die Frage nach der Lösung der deutschen Finanzen seine Pflicht nicht erfüllte. Das würde für lange Zeit der französischen Politik die Möglichkeit geben, alle Vernunftseinwendungen, die in der Welt von anderer Seite gemacht werden, mit dem Argument der deutschen Böswilligkeit niederzuschlagen. Cannes bedeutet für Deutschland trotz der absoluten Unmöglichkeit, die dort gestellten Forderungen zu erfüllen, politisch eine Entspannung. Was Genua bringen wird, weiß niemand, aber das eine wäre sicher: wenn der Deutsche Reichstag die Steuerfrage nicht löste, wären alle Aussichten von Genua von vornherein mit aller Bestimmtheit zerstört. Die Gelegenheiten sind zu gering, und die Aussichten für die deutsche Sache zu schwach, als daß der Deutsche Reichstag und damit seine Parteien die Verantwortung für eine sichere Zerstümmung auch nur der geringsten Chancen tragen könnten.

Auch im Innern ist die Lage schwer. Wenn es nicht zu einer Lösung der steuerlichen Aufgabe des Reichstages gekommen wäre, hätte sie unbedingt kritisch werden müssen, zumal mitten in die politischen Schwierigkeiten enorme wirtschaftliche Nöte treten, die durch die Beseitigung der Brotzuschüsse, die Wohnungsverteuerung, die Kohlenpreiserhöhungen und viele andere Dinge mehr, vor allem wohl auch durch die Valutaverschlechterung hervorgerufen werden. Auch innenpolitisch wäre nichts verhängnisvoller in der gegenwärtigen Zeit, als eine schwere politische Krise, wie sie durch das Scheitern des Steuerkompromisses und damit durch die Unmöglichkeit, eine einflußreiche Regierung zu bilden, herbeigeführt worden wäre.

Es waren hochpolitische, ernste und über die Parteirücksichten weit hinausragende Verpflichtungen, die auch jeden Politiker dazu zwangen, die gegenwärtige Lage bitter ernst zu nehmen und eine Lösung im vaterländischen Interesse herbeizuführen. Soweit die bisherigen Steuergesetzentwürfe in Frage kamen, hat die Deutsche Volkspartei die schärfste, aber auch wirksamste Mitarbeit geleistet. Hier waren unter den Parteien nicht unerhebliche und auch grundsätzliche Gegensätze zwar auch vorhanden. Aber die größte Schwierigkeit bereitete doch das Verlangen der Sozialdemokratie, ohne die eine parlamentarische Mehrheit nicht zu schaffen war, über den Rahmen der Steuergesetzgebung hinaus dem Volk ein besonderes Opfer aufzuerlegen. Durch verschiedene Stadien der Entwicklung hin-

durch endete die sozialdemokratische Forderung mit dem Verlangen nach der Aufnahme einer Zwangs-Goldanleihe. An sich war der Gedanke einer solchen Anleihe durchaus diskutierbar. Die an dem Steuerkompromiß mitwirkenden bürgerlichen Parteien waren einmütig der Ansicht, daß eine Anleihe, auch eine Zwangsanleihe ein notwendiges und zur gegebenen Zeit auch zweckmäßiges Finanzmittel bedeutet. Der Abgeordnete Rießer hatte im Namen der Fraktion der Deutschen Volkspartei bereits in Weimar in der Nationalversammlung den Antrag gestellt, einen Teil des Reichsnotopfers durch eine Zwangsanleihe zu ersetzen, und Herr Dr. Helfferich wollte damals das ganze Notopfer durch das Mittel einer Zwangsanleihe beseitigen. Nicht einig mit der Sozialdemokratie waren sich die bürgerlichen Parteien des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei indessen darüber, ob jetzt bereits der Augenblick gekommen sei, in dem man zu dem letzten Mittel aus der Rüstungskammer der Finanzgesetzgebung, nämlich dem der Zwangsanleihe, greifen sollte. Es lassen sich auch eine Fülle von Bedenken, zu denen noch im einzelnen Stellung genommen werden mag, gerade jetzt gegen die Ausschreibung einer Zwangsanleihe für das Jahr 1922 geltend machen, ein Jahr, das wohl wie kaum ein vorhergehendes im Zeichen der Kreditnot stehen wird. Deshalb war es auch von vornherein unser Bestreben, die Zwangsanleihe, wenn sie beschlossen werden sollte, so auszugestalten, daß sie als Kreditpapier Verwendung finden kann. Die Eingung kam schließlich dadurch zustande, daß die Sozialdemokratie in nicht unwichtigen Punkten nachgab. Sie stimmte der Beseitigung des Nachkriegsgewinnsteuergesetzes zu, sie verzichtete auf ihre weitere Forderung nach der Erhebung des zweiten und letzten Drittels des Reichsnotopfers. Die Entscheidung über die Frage der Wertbemessung von Grundstücken für die Vermögens- und Besitzsteuern ist der Mehrheitsentscheidung des Reichstags übertragen, die für den Ertragswert ausfallen dürfte. Auch sollen die Steuergesetze insgesamt, insbesondere das Erbschaftssteuergesetz daraufhin nachgeprüft werden, ob bei der heutigen Geldentwertung die Tariffälle noch aufrecht zu erhalten sind.

Aber trotz aller dieser finanziellen Gesichtspunkte bleibt die Frage der Annahme oder Ablehnung der Zwangsanleihe eine politische. Aus wirtschaftlichen Gründen hätte man sich ihr ablehnend gegenüber verhalten können, aber die Nichtannahme in der vereinbarten Form hätte innenpolitisch das Chaos und außenpolitisch die Aktionsunfähigkeit und darauf die Zerstümmung aller Aussichten der deutschen Politik bedeutet. Das konnte niemand verantworten. Deshalb kam es zum Kompromiß und wenn die gewaltige politische Tatsache einer Zustimmungsmehrheit von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie sich auswirken kann, so muß sie einen günstigen außenpolitischen und einen beruhigenden innenpolitischen Einfluß ausüben. Die Ablehnung hätte in beiden Richtungen verheerend gewirkt. Unter der Last der Steuergesetzgebung und der Mitwirkung der übrigen Verteuerungsfaktoren wird zweifellos unsere Wirtschaft ganz außerordentlichen Schwierigkeiten entgegengehen. Zum Teil wird ihre Arbeitsfähigkeit sicher in Frage gestellt werden. Vor diesen Folgerungen wird man die Augen nicht verschließen dürfen. Aber die durch den Abschluß des Steuerkompromisses geschaffene politische Tatsache wird ihre Wirkung um so weniger verfehlen können, als wir bis zu der äußersten Grenze gegangen sind und der Welt gezeigt haben, daß es Deutschland nicht an dem guten Willen, wohl aber an der wirtschaftlichen Kraft und dem Vermögen fehlt, um die geforderte Aufgabe zu

leisten. Deshalb ist dieses Steuerkompromiß eine wichtige politische Etappe auf dem Wege zur Schaffung erträglicher äußerer und innerer Lebensbedingungen für unser Volk.

Die Finanznot der Gemeinden.

Von Reichsminister a. D. Dr. Scholz, M. d. R.

Die Finanzverhältnisse der Gemeinden sind durch die Behandlung der Interpellation im Reichstage wieder einmal — hoffentlich nicht nur vorübergehend! — in den Vordergrund des Interesses gerückt worden. Das war gut, nötig und zeitgemäß. Zeitgemäß aus doppeltem Grunde: einmal, weil es allerhöchste Zeit ist, daß sich die Öffentlichkeit mit diesem wichtigen Problem beschäftigt, und andererseits, weil die Beratung der bereits dem Reichsrat zugegangenen Novelle zum Landessteuergesetz durch eine Besprechung im Parlament zweckmäßig vorbereitet wird. Denn das Landessteuergesetz ist sedes materiae für die Verteilung der Steuerertragnisse zwischen Reich, Ländern und Gemeinden; und bei seiner Beratung werden diejenigen Maßnahmen durchgesetzt werden müssen, die im Interesse der Lebensfähigkeit der Gemeinden unbedingt erforderlich sind.

Gründe für eine finanzielle Notlage sind entweder zu hohe Ausgaben, oder zu niedrige Einnahmen, oder beides. Der letzte Fall liegt allgemein bei den Gemeinden vor.

Die Ausgaben der Gemeinden sind nicht nur im Ausmaß der Geldentwertung, wie in jedem Privatbetrieb, gestiegen. Sie sind auch dadurch erheblich vermehrt worden, daß die Reichsgesetzgebung sich fortgesetzt bemüht, den Gemeinden neue Lasten aufzubürden und neue Aufgaben zu stellen, ohne irgendwie an die Möglichkeit der Deckung für die Kosten dieser Aufgaben zu denken. Oberbürgermeister deutscher Großstädte klagen überdies beweglich darüber, daß Reichszentralbehörden immer wieder zu möglichst großem Entgegenkommen gegenüber selbst unter wildestem Streik und Tarifbruch geltend gemachten Arbeiterforderungen raten — damit ja nur keine weitere Kreise ziehende Bewegung entsteht! Der Leidtragende bei solchen wohlgemeinten Ratschlägen ist letzten Endes der steuereinzahlende Bürger.

Auch die vom Regierungstische stets wiederholte Mahnung zur Sparsamkeit will nicht versagen. Die Gemeinden machen im allgemeinen wahrlich keine überflüssigen Aufwendungen — im Gegenteil, es wird auf wichtigen und lebensnotwendigen Gebieten (Wohlfahrts-, Jugend-, Pflege-) schon mehr als gut abgebaut, und das Äußere der Städte — Straßenreinigung, Parkverwaltung — ist häufig auch bereits arg vernachlässigt. Höchstens wäre hier und da — in Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit — mit Recht zu fordern, daß Kommunalisierungs-Experimente zu Lasten des Steuerzahlers unterbleiben. Sonst aber werden die Gemeinden gerade die Reichsregierung nicht gern als berufenen Sparsamkeitsprediger anerkennen. Der Fuchs, der den Enten predigt!

Was steht zurzeit den außerordentlich gesteigerten Ausgaben der Städte an Einnahmen gegenüber? Die Einkommensteuer bildet auch unter den veränderten Verhältnissen noch immer das Rückgrat der Gemeindefinanzen. Die Gemeinden erhalten zurzeit den Betrag von 1919 zuzüglich 35 Prozent. Demgegenüber sei die Tatsache gestellt, daß die Ausgaben der Stadt Berlin von 1919 auf 1920 um 300 Prozent gestiegen sind. Zwei Ziffern, die deutlicher als viele Worte das Mißverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen erläutern. Von den Realsteuern, die einstweilen den Gemeinden noch zur Verfügung stehen, ist die Grundsteuer — wenigstens in Preußen — heftig vom Staate bedroht, im übrigen auch infolge der Zwangsmietengesetzgebung gar nicht in der Lage, die Geldentwertung einigermaßen ausgleichende Erträge zu liefern. Das Steuerfindungsrecht, an das regierungsseitig gern erinnert wird, läßt den Gemeinden nur Möglichkeiten, die schickend wirken, geringe Erträge liefern und hohe Verwaltungskosten verursachen. Überdies

gibt die Gesetzgebung dem Reichsfinanzminister das Recht, gegen jede Besteuerung Einspruch zu erheben, die im Erfolge für die Finanzen des Reichs abträglich ist — und dies wird man fast in jedem Einzelfall konstruieren können.

Das Ergebnis der Fesselung der Gemeinden auf diesen wichtigsten Steuergebieten ist naturgemäß, daß sie sich auf den übrig gebliebenen Jagdgründen um so ungehemmter tummeln: Gewerbesteuer und die Tarife der gewerblichen Werke sind die einzigen beweglichen Faktoren im Gemeindehaushalt, die auf der Einnahmeseite ins Gewicht fallen. Die Folge ist eine ungeheuerliche Anspannung nach diesen Richtungen, die zu schwerer Gefährdung von Handel und Industrie, insbesondere aber auch des gewerblichen Mittelstandes führen muß.

Die Ursache dieser unhaltbaren Zustände, die auf die Dauer zur Katastrophe führen müssen, liegt in dem Grundgedanken der Erzberger'schen Finanzgesetzgebung: der strengen Zentralisation der Steuer-Gesetzgebung und Verwaltung. Die Zentralisierung der Steuergesetzgebung gibt dem Reich auf den wichtigsten Gebieten das alleinige Recht der Steuererhebung und macht damit Länder und Gemeinden zu bloßen Dotationsempfängern. Damit ist die Selbstverwaltung erledigt; denn ihr Begriff bedingt, daß der Selbstverwaltungskörper aus eigener Kraft in der Lage ist, diejenigen Mittel bereitzustellen, deren er zur Erfüllung der selbst gesetzten Aufgaben bedarf. Und die Zentralisierung der Steuerverwaltung hat es glücklich zuwege gebracht, daß noch heute — abgesehen vom Lohn- und Gehaltsabzug — die Steuern für 1920 nicht gezahlt sind!

Auf beiden Gebieten tut sich eine Umkehr not. Will man nicht den letzten Rest der blühenden deutschen Selbstverwaltung aufs Spiel setzen, dann gebe man den Gemeinden einen ergiebigen, beweglichen Einnahmefaktor, der, wie die Dinge liegen, nur in dem früher eingeräumten Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer bestehen kann. Allerdings bedeutet das, daß das Reich seinerseits auf Erträge aus der Einkommensteuer in erheblichem Umfange verzichten muß; denn die Gesamtbelastung der Einkommen ist schon jetzt so hoch, daß eine weitere Steigerung unzulässig ist. Daneben müssen ihnen die Realsteuern und die übrigen bisherigen Einnahmen verbleiben und überdies aus der Umsatzsteuer erheblich höhere Beträge zugewilligt werden.

Und will man nicht den Konkurs der Steuerverwaltung und den Zusammenbruch der Finanzämter riskieren, dann lehre man auch auf dem falschen Wege der Zentralisation der Steuerverwaltung um und dezentralisiere bis in die unterste Verwaltungsbehörde, die Gemeinde, hinein! Dann wird man die beschlossenen Steuern auch wirklich erhalten und wird den öffentlichen Körperschaften die notwendigen Mittel rechtzeitig zuführen können.

Jedenfalls darf das jetzige System der Zuschuhwirtschaft weder allgemein noch für besondere Fälle — Befoldungserhöhungen! — auf die Dauer beibehalten werden. Es führt mit Notwendigkeit dazu, daß an die Zuwendung Bedingungen geknüpft werden; es führt zur Einmischung von Reich und Staat in die Verwaltung der Gemeinden, wie sie in den Zeiten des sogenannten „fluchwürdigen Obrigkeitsstaates“ völlig undenkbar waren; es führt letzten Endes zur völligen Untergrabung der Selbstverwaltung und damit zum Zusammenbruch der Träger, auf denen Reich und Staat ruhen.

Die Deutsche Volkspartei hat bereits bei den Beratungen des XI. (Steuer-) Ausschusses des Reichstags einen Antrag gestellt, der zum Beschluß erhoben wurde und der die Abänderung des Bundessteuergesetzes zugunsten der Gemeinden vorbereiten sollte. Sie wird auf dem Plan sein, wenn die vorbereitete Novelle zu diesem Gesetz dem Reichstage vorgelegt wird!

D. B. B. und die letzte Befoldungsverbesserung.

Der Reichstag hat am 21. ds. Mts. in der Form eines vierten Nachtrags zum Reichshaushaltsplan unverändert die von der Regierung vorgeschlagene Befoldungserhöhung mit den Stimmen der Regierungsparteien, zu denen noch die der Unabhängigen und eines Teils der Deutschnationalen kamen, angenommen. Die Anträge der Deutschen Volkspartei wurden abgelehnt. Wir kommen auf diese Vorgänge, welche in Beamtenkreisen und darüber hinaus überall da, wo man die Notwendigkeit eines ausreichenden Schutzes der Beamten gegen die Verteuerung der Lebenshaltung einsehend, starkes Befremden erregt haben, zurück, nachdem nunmehr die Ausführungen des volksparteilichen Redners im Wortlaut vorliegen.

Interessant ist die Vorgeschichte der Abstimmung. Die Arbeitergewerkschaften hatten Lohnforderungen aufgestellt, die schlechterdings undiskutierbar waren, und es sei anerkannt, daß ihre Führer sich in den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium mit bescheidenen Zugeständnissen begnügten. Sie glaubten aber vor ihren Auftraggebern nur bestehen zu können, wenn die in Aussicht genommenen Gehaltsaufbesserungen für Beamte sich in denselben Grenzen wie die für Arbeiter halten würden, wobei zu bemerken ist, daß seit der Revolution die Arbeiter in Reichs- und Staatsdienst den ihnen vergleichbaren Beamten im Einkommen weit voraus sind. Es ist also nicht weiter verwunderlich, daß die sozialistischen Parteien sich bezüglich der Einkommensverbesserungen für Beamte auf den Boden der Regierungsvorlagen stellten, die für jeden Beamten, vom Schrankenwärter bis zum Reichspräsidenten, eine gleiche Zulage von jährlich 2000 Mark vorsieht. Weniger verständlich ist, daß sich mit dieser „Verbesserung“ auch die deutschnationalen Vertreter, sowie diejenigen der Bayer. Volkspartei und der Demokraten abfanden. Nach Abzug der Steuern verbleiben den Beamten von dieser Zulage vierteljährlich 450 Mark, ein Betrag, der bei einer fünfköpfigen Familie schon nicht mehr ausreicht, um die Verteuerung des Brotes, des Mehles und aller Mühlensfabrikate auszugleichen. Die Lebenshaltung der Beamten verschlechtert sich also um die Beträge, die sie durch die Erhöhung der Postgebühren, der Eisenbahn- und Gütertariife, der Mietsteigerungen unmittelbar und mittelbar mehr ausgeben müssen, denn alle diese Gebührenerhöhungen usw. finden sich auch in Preiserhöhungen bei jeder Ware wieder. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten vom November zum Dezember um 153 Punkte oder 11 vom Hundert gestiegen und doch ist das erst der Anfang von Preissteigerungen, die sich in neuen Lohn- und Gehaltsbewegungen auswirken werden, denen die Regierungsvorlage in keiner Weise gerecht wird.

Eine so kurzfristige Politik kann die Deutsche Volkspartei nicht mitmachen. Die Beamten werden an ihrem Teile an der allgemeinen Verarmung Deutschlands mittragen müssen. Aber es geht nicht an, ihre ohnedies tief gesunkene Lebenshaltung mit jeder neuen Gehaltsaufbesserung weiter zu verschlechtern. Wer das nicht einsehend, veründigt sich nicht nur an der Beamenschaft, sondern auch am Staat, der ohne eine arbeitsfreudige Beamenschaft nicht bestehen kann.

Die Deutsche Volkspartei hatte deshalb folgenden Antrag Dr. Stresemann und Genossen eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, dem vierten Nachtrag zum Reichshaushaltsjahre 1921 folgende Paragraphen hinzuzufügen: § 4: In denselben Orten, in denen den Arbeitern im Reichsdienst Übertenerungszuschüsse gezahlt werden, ist den Beamten vom gleichen Zeitpunkt ab ein Zuschlag in Höhe ihres Ortszuschlages zu gewähren. § 5: Die Teuerungszuschläge zu den Kinderzulagen betragen vom 1. Januar 1922 ab 40 Prozent.“

Als Vertreter der Deutschen Volkspartei führte der Abgeordnete Morath u. a. aus, daß seine Partei, ihrer Erklärung bei der Verabschiedung der vorletzten Befoldungserhöhung folgend, es ablehne, ohne Prüfung ihre Zustimmung zu einer Regierungsvorlage zu geben, die auf einer Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Gewerkschaften beruhe. Die folgenden Worte des Abgeordneten Morath wer-

den Widerhall bis weit über die Kreise der Deutschen Volkspartei hinaus finden:

„Die Lebenshaltung der Beamten wird sich nach dieser „Verbesserung“ noch weiter verschlechtern müssen, und es ist kein Gedanke daran, daß die untersten Gruppen jetzt das Existenzminimum erreichen. Die Vorlage wird auch nicht der Forderung gerecht, die wir damals in einer Konferenz mit dem Reichsfinanzminister aufstellten, nämlich die Verschiebungen zwischen den Einkommen der einzelnen Beamtengruppen auszugleichen, die dadurch eingetreten sind, daß der neue Steuertarif die höheren Einkommen erheblich begünstigt.“

Es folgte dann eine scharfe Kritik der durch die neue Regierungsvorlage eingeführten Staffelung der Teuerungszuschläge und eine Ablehnung der sozialistischen Gedankengänge, nach denen die Zulagen für Beamte nicht höher als für Arbeiter sein dürfen. Der Redner wies bei dieser Gelegenheit mit den Zahlen des Statistischen Reichsamts überzeugend nach, wie ganz ungeheuerlich das Beamten Einkommen im Vergleich zum Arbeiter Einkommen seit 1913 gesunken sei. In diesem Jahre betrug das Einkommen eines Unterbeamten das 1,26fache, des mittleren Beamten das 3,70fache und des höheren Beamten das 6,25fache des Einkommens eines ungelerten Arbeiters. Jetzt hat der Beamte der unteren Gruppen das 1,50fache, der der mittleren Gruppen das 1,55fache und der der höheren Gruppen das 2,22fache dessen, was im Durchschnitt der ungelerte Arbeiter verdient. Mit Recht wies der Sprecher der Deutschen Volkspartei darauf hin, daß es um so befremdlicher wirke, wenn man jetzt den Arbeitern an vielen Orten Übertenerungszuschüsse bewillige, ohne den Beamten in diesen Orten einen Ausgleich zu gewähren. Mit Recht wies er ferner darauf hin, daß es unverständlich sei, wenn man bei diesen unzulänglichen Aufbesserungen den Familienstand ganz unberücksichtigt lasse, und er forderte deshalb wenigstens eine Erhöhung der Kinderzuschläge um 20 Prozent. Vergebens! Die Mehrheit nahm die Regierungsvorlage unverändert an. Dennoch hat das Vorgehen der Deutschen Volkspartei einen Erfolg gehabt. Auf eine Anregung der Unterhändler der Fraktion erklärte sich der Finanzminister bereit, sofort nach Verabschiedung der Vorlage in eine Erörterung mit dem 23. Ausschuss über eine Neuregelung der Beamtenbefoldung auf der Grundlage einer gleitenden Gehaltskala einzutreten. Einem Antrag Morath entsprechend wird der 23. Ausschuss in diesbezügliche Erörterungen bereits diese Woche eintreten, so daß, wenn allseitig guter Wille vorhanden ist, mit dem Beginn des neuen Etatsjahrs ein Befoldungssystem eingeführt werden kann, das eine automatische Anpassung der Gehälter an den Geldwert ermöglicht.

Die Eisenbahn und die Staatswirtschaft.

(Schluß.)

V.

Es ist dem Deutschen eigentümlich, sich gegen den Einfluß mächtiger Persönlichkeiten zu stemmen, ihnen gegenüber das Recht der Kleinsten, selbst der unfruchtbarsten Persönlichkeiten auf das hartnäckigste zu behaupten. Beweis hierfür ist das tragische Schicksal aller unserer großen Männer. Bismarcks Abgang war durch einen schmachvollen Akt der Undankbarkeit des Deutschen Reichstags gekennzeichnet. Der Freiherr vom Stein ist in einsamer Verbitterung dahingegangen. Dankbare Erinnerung zu bewahren ist bei uns leider nicht volksüblich.

Vielleicht wird einmal die Zeit kommen, wo man das, was unsere großen Wirtschaftsführer an Sorge und Kampf für ihr Vaterland leisteten, anders einschätzt als jetzt, wo das Wort: „Stinnesierung“ noch immer ein beliebtes Mittel ist, um als Bürgerfurcher zu dienen oder das Beifallsgelächel von Zufallsmehrheiten zu entfesseln. Damit soll nicht kritikloser Gefolgschaft das Wort geredet werden. Aber Schicksalsstunden, wie wir sie durchleben, sollten eine ernste Mahnung sein

zur Gewissensforschung, ob wir nicht allen Anlaß haben, die Gedanken und Vorschläge bedeutender Persönlichkeiten auf das Ernsteste zu würdigen. Fast scheint es, als ob diese gesunde Erkenntnis sich mehr und mehr Bahn bricht. Nicht nur im Gespräch von Mann zu Mann, sondern auch in solchen Versammlungen, die nicht unter dem Terror der Straße stehen, kann man immer mehr die Wahrnehmung machen, daß auch bei sehr linksstehenden Persönlichkeiten, daß namentlich bei wirklichen Arbeitern, die ja vielfach ein naturhaftes Gefühl für starke Männer und kraftvolle Gedanken haben, die Aufnahmefähigkeit von Reformgedanken stärker und stärker wird. Gerade die Erkenntnis davon, daß die veralteten Staatsformen nicht mehr in der Lage sind, die Lebensbedürfnisse von Volk und Wirtschaft zu erfüllen und neue Wege zu weisen, ist immer deutlicher zu erkennen.

VI.

Allerdings stellen sich dieser Erkenntnis auf vielen Seiten Angstempfindungen entgegen, die sich aus der Unruhe der Zeit und der Notlage weiter Kreise natürlich erklären. Das ist beispielsweise in den Beamtenkreisen der Eisenbahn der Fall. Sie sind vielfach der irrigen Auffassung, daß ihre wohlverworbenen Beamtenrechte bei dem Übergang der Eisenbahn in Privatwirtschaft gefährdet sein könnten. Bei näherer Auslegung kann diese Beforgnis nicht standhalten. Für uns, die wir neue Wirtschaftsformen suchen, ist die Wahrung der Rechtsordnung und die Wahrung wohlverworbener Rechte das oberste Gesetz. Die fernere Sorge vor vermehrter Arbeitsleistung ist bei einem, zum Glück kleinen Teil der Beamenschaft nicht unberechtigt. Aber gerade diejenigen Beamtengruppen, in denen diese Sorge vielfach besonders laut wird, haben hierzu keinen Anlaß. Der Eisenbahndienst gehört zu den schweren Berufen. Gerade für ihn ist der Achtstundentag als Normalarbeitstag ein gesunder Gedanke. Daß dieser Grundsatz nicht dazu führen darf, die Tagesarbeit schematisch genau auf acht Stunden zu begrenzen, darüber sind sich alle Beteiligten einig. Eine schematische Anwendung dieses Grundsatzes auf schwere und leichte Arbeit ist eine Ungerechtigkeit. Inwieweit eine vermehrte Intensität der Arbeitsleistung zu erreichen ist, ist Sache sachmännlicher Beurteilung. Jedenfalls kann es nicht im Interesse des Personals liegen, daß mit einer Überfülle von Personal ungenügende Leistungen erzielt werden, und daß die naturgemäße Folge hiervon eine vielfach hinter den Gehältern und Löhnen der freien Wirtschaft zurückbleibende Bezahlung ist. Namentlich die verhältnismäßig große Zahl ungeschulter Hilfskräfte hat sich vielfach als ein Übel erwiesen. Statt langer Darlegungen über den heutigen Zustand gebe ich ein paar nüchterne Zahlen:

Die Zahl der Eisenbahnangestellten hat betragen:

im Jahre 1913 = 740 508

im Jahre 1919 = 1 044 379

im Jahre 1920 = 1 122 000

Überbei muß man berücksichtigen, daß wir inzwischen die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, in Posen, Westpreußen und Nord Schleswig verloren haben.

Von dieser Überzahl entfällt wieder der größere Teil auf die Arbeiterkraft. Während die Zahl der Beamten von rund 281 000 bis rund 377 000

gestiegen ist, ist die Zahl der Eisenbahnarbeiter von rund 449 000

bis rund 744 000 gewachsen.

Die Leistungen der Eisenbahnen sind stark zurückgegangen. Leider gibt es einen genauen amtlichen Aufschluß hierüber nicht. Es wird zwar eine Statistik über die bewegten Gütermengen (tonnenkilometrische Statistik) im Reichsverkehrsministerium geführt. Diese wird

jedoch geheim gehalten. Selbst die früher alljährlich veröffentlichten Betriebsberichte sind für die Kritik nicht mehr zugänglich. Statt dessen hat man nur die Zahlen über die Betriebsleistungen bekanntgegeben. Danach sind die Zugkilometer gesunken

von 1913 = 784 Millionen

auf 1919 = 406 Millionen.

Das gibt insofern kein klares Bild, als es nicht auf die Betriebsleistung, sondern auf die Nutzleistung ankommt. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß eine vom Reiche betriebene Verwaltung sich der selbstverständlichen Pflicht zur Offenlegung ihrer Ergebnisse in so offenkundiger Weise entzieht. Trotz dieser Geheimnisträumerei, die an die üblen Methoden unserer sogenannten Kriegsgesellschaften erinnert, läßt sich soviel erkennen, daß der Wirkungsgrad der Eisenbahn ein außerordentlich mangelhafter, jedenfalls ein weit schlechterer als in der Privatwirtschaft ist.

Das Ärgernis kommt von oben. Beamte der oberen Stellen müssen Leute haben, denen sie befehlen können. Besonders gefährlich wirkt eine Überzahl von Beamten in den Zentralstellen. Das Reichsverkehrsministerium insbesondere ist zu einem Riesenkörper angeschwollen, der etwa das Dreifache der früher nötigen Beamten verschlingt. Jeder dieser Beamten will aber befehlen, anordnen, verfügen. Der Papierstrom, der sich von den Zentralstellen aus über die Unterbehörden ergießt, wächst naturgemäß im Verhältnis zur Zahl der schreibenden Beamten. Dieses böse Beispiel verhinbert es, im Außendienst auf zweckmäßige Personalverwendung hinzuwirken. Wie kann man es den unteren Dienststellen verargen, daß sie sich gegen Personalverminderung sträuben, wenn sie die Personalverschwendung in der obersten Stelle sehen? Nun verkündet man allerdings, man wolle die Zentralstelle abbauen. Wie wird das gemacht? Man bucht einfach ganze Beamtengruppen auf die Berliner Direktionen um, ohne an ihrer Tätigkeit etwas zu ändern. Eine interessante Beleuchtung für die Wertschätzung, welche die Verwaltung heute der parlamentarischen Kontrolle zukommen läßt.

Verschwendung im Personal zieht Verschwendung im Material nach sich. Beispielsweise ist der Verbrauch an Kohle je 1000 Lokomotivkilometer gestiegen von 1913 = rund 14 Tonnen auf 1919 = rund 20 Tonnen.

Die hierfür vorgebrachte Entschuldigung schlechter Kohle ist großenteils nicht stichhaltig, kann jedenfalls diesen gewaltigen Mehrverbrauch im Material nach sich. Beispielsweise ist der Verbrauch an Kohle je 1000 Lokomotivkilometer gestiegen von 1913 = rund 14 Tonnen auf 1919 = rund 20 Tonnen.

Die hierfür vorgebrachte Entschuldigung schlechter Kohle ist großenteils nicht stichhaltig, kann jedenfalls diesen gewaltigen Mehrverbrauch im Material nach sich. Beispielsweise ist der Verbrauch an Kohle je 1000 Lokomotivkilometer gestiegen von 1913 = rund 14 Tonnen auf 1919 = rund 20 Tonnen.

Die Kunst der Verwaltung ist, das Eigeninteresse in die Richtung des allgemeinen Wohls einzustellen. Der Angestellte muß sich wieder in seinem Berufe zu Hause fühlen. Dazu dienen nicht Betriebs- und andere Räte, Personalver-

tretungen und andere kostspielige Dekorationsstücke. Das Personal muß eigenen Anteil an der Verwaltung und Verantwortung haben, und zwar unter eigener Verantwortung und wirklicher Beteiligung. Wie das im einzelnen zu denken ist, kann hier nicht näher ausgeführt werden. Ist man in dem Zielgedanken einig, so wird man auch den gemeinsamen Weg zur Ausführung finden.

VII.

Wird eine privatwirtschaftlich geordnete Eisenbahnverwaltung auch die Aufgaben auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge erfüllen, die die Reichsbahnverwaltung von den früheren bundesstaatlichen Verwaltungen übernommen hat? Wird sie es nicht fehlen lassen an der Aufschüttung verkehrsärmerer Gebiete, namentlich der Agrargebiete des Ostens, Nordens und Südens? Das sind Fragen, die man namentlich von Landwirten hört. Zunächst die Gegenfrage: Ist die finanzielle Notlage nicht jetzt der Grund, der von der Reichsbahnverwaltung ständig allen derartigen Verkehrswünschen entgegengestellt wird. Was geschieht für das Kleinbahnwesen, für das Preußen so unendlich viel tat? Hat nicht die Privatwirtschaft ein weit größeres Interesse an der Beschäftigung der Industrie durch Neubauten? Vor allem aber wird sie viel freier in ihrer Baupolitik sein. Der Staat — vom Reiche ganz zu schweigen — hauste nach Maßgabe der Mittel, die der allgemeine Staatshaushalt bot. In guten Jahren, d. h. bei Hochkonjunktur, flossen die Mittel etwas reichlicher. In schlechten Jahren wurde an allen Ecken gespart, denn oberstes Gesetz war das Gleichgewicht im Staatshaushalt. Das galt ebenso für die Beschaffung von Fahrzeugen, Materialien usw. So kam es, daß man kaufte, wenn alles teuer war und zurückhielt, wenn man zu billigen Preisen sich hätte eindenken können. Die Aktienkonventionen hierüber zwischen den „beteiligten Ressorts“ füllen ganze Bände. Letzten Endes änderte man fast nichts daran, konnte es auch nicht. Der Grund lag nicht an mangelnder Einsicht, sondern an dem System, von dem man nicht los kam, der Einordnung in den Staatshaushalt. Hieran würde die äußere Trennung der Eisenbahn von der allgemeinen Verwaltung wenig ändern. Kein Finanzminister kann sich den maßgebenden Einfluß auf die Ausgabenpolitik der Eisenbahn nehmen lassen, so lang deren Finanzgebarung auf dem Reichskredit ruht. Wirkliche Wirtschaftsfreiheit kann die Eisenbahn erst erlangen, wenn sie ganz auf eigenen Füßen steht.

Ähnlich liegt es mit der Fürsorge für ärmere Volksklassen, weniger leistungsfähige Wirtschaftszweige, kurz auf dem Gebiete der Einnahme- oder Tarifpolitik. Nichts hat den Verkehr so gefördert, nichts war auch wirtschaftlich so richtig, als die pflegsame Behandlung, welche namentlich die preussische Verwaltung ihrer Wirtschaft, ihrem Verkehr angedeihen ließ. Die niedrigen Tarife trugen tausendfältige Frucht. Mit prozentmäßigen Tarifierhöhungen zu arbeiten, ist einfach, aber unkaufmännisch. Zu alledem wird man die neue Verwaltung so ordnen müssen, daß nicht nur die Wirtschaftsinteressen, sondern auch die Wünsche der Allgemeinheit innerhalb der Organisation kräftig zu Worte kommen. Auch hierin darf ich mich vorerst mit dem allgemeinen Gedanken begnügen. Daß alle diese Aufgaben im Rahmen auch der Privatwirtschaft lösbar sind, beweist der Zustand in Ländern von so weit fortgeschrittener Wirtschaft, wie es beispielsweise England ist. Daß es nötig ist, auch hierfür ebenso wie für die Interessen des Personals bei dem Übergang der Eisenbahn in neue Wirtschaftsformen gesetzliche Garantien zu schaffen, ist selbstverständlich. All das sind Dinge der Ausführung, ohne daß sie den gesunden Kern des Gedankens zu erschüttern geeignet sind.

Es ist eine schwere, aber auch große Stunde, in der wir über diese Wirtschaftsfragen zu entscheiden haben, die letzten Endes nicht nur unsere Wirtschaft, sondern auch unsere politische Zukunft mitbestimmen werden. Ich hoffe fest, daß das selbe Volk, das in den Jahren der Kriegszeit Unerhörtes geleistet und einen Gemeinsinn sondergleichen bewiesen hat, letzten Endes auch dieser Aufgabe Herr werden wird.

Zur näheren Erläuterung unserer Finanznot seien folgende Zahlen nach Angabe des Statistischen Reichsamts gegeben:

Zeit	Fundierte Schuld Mill. M.	Schwappende Schuld (diskont. Schatzanweisungen) Mill. M.	Notenumlauf (Reichsbanknoten, Noten der Privatnotenbanken, Reichsschatzschekine, Darlehensschekine) Mill. M.
31. 3. 1914	4 918	2 682 ²	2 873
31. 3. 1918	71 916	33 400	19 681
31. 12. 1918	93 720	55 100	32 910
31. 3. 1919	92 396	63 700	37 230
31. 3. 1920	91 084	91 500	59 584
30. 9. 1920	85 900	133 150	75 757
31. 12. 1920		152 727	81 514
31. 1. 1921		155 363	78 634
28. 2. 1921		161 654	78 850
31. 3. 1921		166 329	80 248
30. 4. 1921		172 634	81 041
31. 5. 1921		176 642	81 534
30. 6. 1921		185 031	84 677
31. 7. 1921		190 674	86 395
31. 8. 1921		202 776	88 504
30. 9. 1921		210 408	94 581
31. 10. 1921		217 828	97 422
30. 11. 1921		226 476	104 118 ³

¹ Hierzu kommen die Schulden aus weiteren Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen und Schatzwechseln sowie aus Sicherheitsleistungen, die zusammen nach den Ausweisen für die einzelnen Monate von 1921 zwischen 12 und 20 Milliarden schwanken.

² Stand vom 30. September 1914.

³ Bis 23. November 1921.

Grundsätze der Deutschen Volkspartei. (Schluß.)

12. Religion und Kirche.

Die Deutsche Volkspartei verlangt Gewissensfreiheit und Selbstverantwortlichkeit in allen religiösen und kirchlichen Angelegenheiten. Sie sieht im Christentum einen Grundpfeiler deutscher Kultur und deutschen Volkslebens. Sie erstrebt eine verständnisvolle Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften mit dem Staate im Dienste der Volkserziehung sowie der Milderung der konfessionellen Gegensätze durch gegenseitiges Verständnis und einträchtiges Zusammenarbeiten im öffentlichen Leben.

Die Deutsche Volkspartei tritt ein für volle Freiheit und Selbstverwaltung aller religiösen Gemeinschaften. Die Kirchen sollen, frei von allen staatlichen Verordnungen, ihre bisherige Stellung als Körperschaft des öffentlichen Rechts, einschließlich des Rechts zur Besteuerung ihrer Mitglieder, behalten. Anderen Religionsgemeinschaften ist die Möglichkeit zu verschaffen, durch staatliche Anerkennung dieselben Rechte zu erwerben.

Die Verpflichtungen des Staates sollen durch Gesetze in einer den Lebensbedingungen der Kirche entsprechenden Form allmählich abgelöst werden. Für den Fortbestand der theologischen Fakultäten, der Seelsorge in Heer und Marine, in öffentlichen Krankenhäusern und Gefängnissen sind auch ferner staatliche Mittel bereitzustellen.

13. Kunst, Literatur und Presse.

Die Deutsche Volkspartei erkennt an, daß allen in der Kunst und Literatur um Geltung ringenden Strömungen das Recht auf freie Entfaltung zukommt, ihre besondere Förderung wird

sie aber denjenigen Bestrebungen widmen, die deutsches Wesen und deutsches Empfinden künstlerisch darstellen wollen. Die Kunststätten und künstlerischen Bestrebungen in den mittleren und kleineren Orten sind besonders zu pflegen.

Die Freiheit der Presse ist zu gewährleisten. Schmutz in Wort und Bild aber zu unterdrücken und durch Pflege guter Kunst und Literatur zu verdrängen. Die Presse ist als berufene Vertreterin der Öffentlichkeit anzuerkennen, der Bürger ist vor ungerechtfertigten Angriffen der Presse gegen sein häusliches Leben und seine persönlichen Rechte zu schützen. Der Zeugniszwang gegen die Presse ist zu beseitigen.

„Den Finger drauf.“ Demokratische Geständnisse.

In der Demokratischen Korrespondenz vom 18. Januar (Nr. 13) ist der dritte Teil eines Aufsatzes „Demokratie und Liberalismus“ enthalten. Darin werden der Demokratischen Partei Vorhaltungen gemacht, die eines gewissen Reizes nicht entbehren. In dürren Worten wird ihr gesagt, daß sie bei ihrer Begründung ein „äußerliches Gefüge verschiedenartiger Bestandteile, die des inneren Kerns und Halts entbehrten“, war; „am meisten fehlte es am Geist und an der Grundfestigkeit der echten Demokratie. Daher ein fortwährendes Schwanken, Unsicherheit und Widersprüche“. Dieses Schwanken und diese Widersprüche werden an einer ganzen Reihe von Beispielen erläutert und daraus die Schlussfolgerung gezogen, daß das Vertrauen der Wählerschaft schwinden mußte, wie sich bei jeder neuen Wahl in verstärktem Maße gezeigt hat. Der ungenannte Verfasser, der sich hinter dem Buchstaben R. G. verbirgt, wünscht natürlich entschiedeneres, schärferes Auftreten der Demokratischen Partei, um so das Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen. Aber wie das gemacht werden soll, verschweigt er klüglich. Er verurteilt allerdings die Haltung der Demokraten in den Steueraussschüssen, wo sie meist mit den bürgerlichen Parteien gestimmt haben. Wenn er also damit meint, daß die Demokraten sich noch mehr als bisher in das sozialdemokratische Fahrwasser begeben sollen, dann dürfte er den Zerfall und den Untergang seiner Partei nur beschleunigen. Aber die Eingeständnisse dieser Demokratenseele sind gerade angehts der innerpolitischen Entscheidung, vor der wir stehen, wohl der Beachtung wert.

Aus einer Demokratie.

Die amerikanische Demokratie wird uns häufig als Vorbild hingestellt. Wie es mit der politischen Moral in dieser großen Demokratie aussieht, erhellt aus einem langen Skandalprozeß, dessen Gegenstand die Erwählung eines republikanischen Bundesenators für den Staat Michigan bildete. Im Jahre 1918 schlug der Republikaner Newberry den bekannten Automobilfabrikanten Ford, der Demokrat ist. Herr Newberry war Marine-Unterstaatssekretär unter Roosevelt und ist einer der einflussreichsten Parteiführer. Ford beschuldigte ihn nun, Wahlbestechungen und Wahlbetrügereien in größtem Umfang ausgeführt zu haben. Die erste Verhandlung endete mit einer Verurteilung von Newberry und 16 Genossen zu 2 Jahren Gefängnis. In der Berufung wurde jedoch das Urteil aufgehoben. Nunmehr hat der Senat entschieden, daß Herr Newberry zur Ausübung seines Mandates berechtigt sei.

Seht demokratisch.

Bekanntlich haben es die Mehrheitssozialisten für angebracht gehalten, dadurch zum innerpolitischen Frieden beizutragen, daß sie vom Reichstag die Bestimmung des 1. Mai und 9. No-

vember zu gesetzlichen Feiertagen verlangen. Das hat überall böses Blut gemacht, namentlich da es unmittelbar auf die Beseitigung der schwarz-weiß-roten Fahne kommt und eine beabsichtigte Herausforderung aller derjenigen ist, die in den Folgen der Revolution gerade keine nationale Erregung erblicken. Diese sozialdemokratischen Vorbeeren haben die Demokraten nicht schlafen lassen. Sie haben im Reichstag den Antrag eingebracht, den 11. August zum Nationalfeiertag zu machen. Man geht wahrscheinlich nicht fehl, wenn man annimmt, daß ungefähr 99% aus hundert Deutschen sich verwundert gefragt haben werden, warum ausgerechnet der 11. August an der Nationalfeiertag werden soll. Des Rätsels Lösung ist die Tatsache, daß an einem 11. August die Verfassung von Weimar angenommen worden ist — ein Erzeugnis demokratisch-sozialdemokratischer Politiker, auf das seine verschiedenen Väter wahrlich nicht stolz zu sein brauchen. Die Demokraten bekennen sich mit besonderer Vorliebe als treue Anhänger des Reichsgedankens, wäre es da nicht sehr viel logischer und sehr viel würdiger gewesen, den 18. Januar als den Tag der Begründung des Deutschen Reiches zum Nationalfeiertag vorzuschlagen? Aber soviel Mut bringen die Herrschaften wieder nicht auf, denn da könnten sie in den Verdacht kommen, daran erinnern zu wollen, daß das Deutsche Reich von Bismarck und dem alten Kaiser gegründet und in Gegenwart der deutschen Fürsten ausgerufen worden ist. Einen solchen Tag dem deutschen Volk in seiner geschichtlichen Bedeutung vor Augen führen zu wollen, könnte als Rückfall in monarchistische Gedankengänge angesehen werden und einen solchen Verdacht scheut eine echte Demokratenseele wie der Teufel das Weihwasser. Lieber verwässert man den deutschen Gedanken durch so schwächliche Erinnerungstage, die keinem Menschen etwas sagen.

... haben kurze Beine!

Raum war das giftige Vorwärtswort von der Berliner Kundgebung der Deutschen Volkspartei gegen die Kriegsschuld als einem „alldeutschen Rummel“ ins Land hinausgegangen, da nannte die sozialdemokratische „Duisburger Volksstimme“ Nr. 8 vom 9. Januar dieselbe Kundgebung eine glänzende Veranstaltung zur Ehrenrettung des deutschen Namens und sprach auch von einer gewaltigen Versammlung, welche die treffenden Ausführungen der Redner mit tosendem Beifall belohnte.

Zurückbare Zahlen.

Die Sowjetregierung hat nach einer von ihr selbst veröffentlichten Zusammenstellung in den ersten vier Jahren ihrer Herrschaft nicht weniger als

1 767 118

Hinrichtungen vornehmen lassen. Zu diesen Opfern des Blutdurstes russischer Machthaber gehörten:

2 243 Geistliche, darunter 28 Bischöfe,
6 775 Professoren und Lehrer,
8 800 Ärzte und Assistenten,
54 650 Armees- und Marineoffiziere,
10 500 Gendarmerie- und Polizeioffiziere,
260 000 Soldaten,
48 500 Gendarmen und Schulleute,
12 950 Güterbesitzer,
355 250 Angehörige von Handel, Gewerbe und freien Berufen,
192 350 Arbeiter und
825 100 Bauern.

Und mit der Herrschaft solcher Bluthunde wollen uns die deutschen Kommunisten in ihrem Edelmut begnügen!

Briefporto in Rußland.

In Rußland kostet heute ein Brief nach dem Ausland 5000 Rubel und eine Postkarte 2000 Rubel.

Weltkohlenproduktion im Jahre 1920.

Die Kohlenproduktion der Welt betrug im Jahre 1920 1300 Millionen Tonnen gegen 1342 im Jahre 1913. In der Zwischenzeit sank sie bis auf 1196 Millionen Tonnen im Jahre 1915, stieg wieder an auf 1345 Millionen im Jahre 1917 und stürzte im Jahre 1919 auf 1158 Millionen Tonnen hinunter. Höhepunkte dieser Kurve sind also 1913 und 1917, Tiefenpunkte 1915 und 1919.

Von den für 1913 und 1920 angegebenen Gesamtsummen entfallen

	auf Millionen To. 1913	Millionen To. 1920
Nordamerika	531,6	601,3
Südamerika	1,6	1,7
Europa	730,0	597,5
Asien	58,8	75,8
Afrika	8,3	11,8
Ozeanien	15,0	11,9

zusammen 1342,3 1300,0

Während also 1913 Europa etwa 54 Proz. der Produktion stellte und Amerika etwa 40 Proz., beide zusammen rund 94 Proz. der Weltproduktion, lieferten beide zusammen im Jahre 1920 nur 92 Proz., an denen die Erdteile gleichmäßig mit etwa 46 Proz. beteiligt sind. Amerika gewann um 6 Proz., Europa hat um 8 Proz. abgenommen.

Aus den Parlamenten.

Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Der sechste Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. Vom Abgeordneten Dr. Mosdenhauer (D. B. P.) wurde auf das Bedenklische der Fassung hingewiesen, die der Reichswirtschaftsrat dem Gesetz gegeben hat, und schließlich wurde sein Antrag angenommen, den § 1 wie folgt zu fassen:

„Aufsichtsrat im Sinne des § 70 des Betriebsrätegesetzes ist ohne Rücksicht auf die Bezeichnung im Gesellschaftsvertrag das im Handelsgesetzbuch usw. bezeichnete Organ.“

Eine lebhafteste Debatte entstand über die Verantwortlichkeit der Betriebsräte. Abgeordneter Lambach (D. N.) beantragte, die dem Betriebsrat angehörigen Aufsichtsratsmitglieder von der vermögensrechtlichen Haftung zu befreien. Dem Antrag wurde von der Regierung, insbesondere auch scharf von dem Abgeordneten Dr. Mosdenhauer (D. B. P.) widersprochen, der erklärte, wenn die Arbeitnehmer an dem im Reichswirtschaftsrat beschlossenen Kompromiß rütteln würden, er auch seinerseits sich nicht gebunden halte und entsprechende Anträge einbringen würde. Im Interesse des sozialen Friedens wünsche er dringend die Beibehaltung der Regierungsvorlage. Wenn die Arbeitnehmer größere Rechte verlangten, dürften sie sich nicht gleichzeitig den Pflichten entziehen. Nachdem auch vom Zentrum dieser Auffassung zugestimmt war, zog Abgeordneter Lambach seinen Antrag zurück. Im § 5 wurden Absatz 2 und 3, die die Wählbarkeit einschränken wollten, entsprechend den Beschlüssen des Reichswirtschaftsrates gestrichen. Ein Antrag Thiel, der einen größeren Schutz der Minderheiten im Betriebsrat wünschte, wurde abgelehnt, dagegen ein weniger günstiger Antrag Giebel (M. S. P.) angenommen. Ein Antrag Aufhäuser (M. S. P. D.), daß der Unternehmer die Kosten tragen müsse, die durch die Zusammenrufung der an verschiedenen Orten wohnenden Betriebsratsmitglieder zum Zwecke der Berichterstattung durch ein Aufsichtsratsmitglied entstehen, wurde mit sämtlichen Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Linke abgelehnt. Das Gesetz im ganzen wurde angenommen.

*

Jeder Parteifreund werbe für Beobachter-Abonnements und Anzeigen!

Die Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses.

Die Anregungen des Berichterstatters des 23. Ausschusses, Abg. Dr. Most, die Nachprüfung einem anderen und möglichst kleinen Ausschuss zu übertragen, haben Erfolg gehabt. Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 20. d. M. einen Ausschuss von 14 Mitgliedern — den 39. — mit dieser Aufgabe betraut, der am 23. d. M. zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Die Mitglieder des Ausschusses sind: S. P. D.: Hoch und Seppel; Zentrum: Alfeldotte und Dr. Höfle; Deutschnationalen: Schmidt-Stettin, Schulz-Berlin; D. B. P.: Dr. Most und B e u e r m a n n; M. S. P. D.: Barm und Aufhäuser; Demokraten: Böhme-Magdeburg und Dellus; Bayerische Volkspartei: Dauer; Kommunisten: Heinemann.

*

Das Reichsmietengesetz

beschäftigte am 23. d. Mts. zum letzten Male den Wohnungsausschuss des Reichstags. Der Berichterstatter, Abgeordneter B e n t h i e n (D. B. P.), legte den Bericht über die bisherigen Beratungen und Beschlüsse vor. Es ist damit zu rechnen, daß die umgestaltete Gesetzesvorlage nun in Kürze im Plenum zur Verhandlung kommt, wo von der Deutschen Volkspartei versucht werden wird, durch Stellung grundsätzlicher wichtiger Abänderungsanträge dem Gesetz eine annehmbare Gestalt zu geben. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um den § 2, der von der Festsetzung der Grundmiete handelt, zu welcher die verschiedenen Quoten für Betriebs- und Verwaltungskosten sowie für laufende und große Instandsetzungsarbeiten treten. Als Stichtag für die Grundmiete soll der 1. Juli 1914 gelten, aber der Entwurf verhindert die Nachprüfung der Angemessenheit der damals vereinbarten Miete durch die Bestimmung, daß ein f. z. t. vorhanden gewesen es über Angebot von Wohnungen das Verlangen der Nachprüfung nicht rechtfertigt. Hier muß eine Änderung erstrebt werden. Weiter gibt der § 7 (große Instandsetzungsarbeiten) Anlaß zur Kritik. Die Abführung der hierfür aufzubringenden Zuschläge an eine behördliche Sammelstelle, die behördliche Führung von Konten für jedes Haus, das alles kompliziert die Anwendung des Gesetzes zu stark. Die gänzliche Befassung der gewerblichen Räume in der Zwangswirtschaft (§ 9) wird ebenfalls zur Stellung neuer Anträge Veranlassung geben, welche naturgemäß den Interessen der mittelständischen Betriebe Rechnung tragen müssen, aber das offensbare Mißverhältnis beseitigen wollen, das in der unbilligen Ausnutzung der Ohnmacht des Hausbesitzers zum Ausdruck kommt. Wenn es andererseits auch gelungen ist, die sozialistischen Anträge, die in den Bestimmungen über die „Mietervertretung“ die Sozialisierung des Hausbesitzes anbahnen wollten, abzulehnen, so bleiben auch hier und in anderer Hinsicht noch schwere Bedenken bestehen. Zu begrüßen wäre es, wenn der jetzige unhaltbare Zustand der Mietzinsbildung Besserung erführe; aber man wird auf bürgerlicher Seite ernst zu prüfen haben, ob bei erneuter Ablehnung der notwendigen Änderungen das Reichsmietengesetz wirklich einen Fortschritt

gegenüber den herrschenden Bestimmungen bedeuten würde.

*

Ein bedauerliches Abstimmungsergebnis.

Der Volkswirtschaftsausschuss des Reichstags behandelte am Dienstag eine Petition verschiedener Handelskammern betreffend Beendigung der Demobilisierungsverordnungen. Die sozialistische Linke trat für die Beibehaltung der für Industrie, Handwerk und Handel unerträglichen Fesseln der Demobilisierungsverordnungen ein, die bekanntlich laut Verordnung des Reichsarbeitsministeriums zum 31. März sämtlich aufgehoben werden sollen, während sich die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei entschieden dafür einsetzten, daß der Wirtschaft die Freiheit, sich wirklich geeignete Arbeitskräfte zu verschaffen, wiedergegeben wird. Kurz vor der Abstimmung verließen die Vertreter des Zentrums ohne Stellungnahme zur Sache die Sitzung, so daß der Standpunkt der Linken mit 12 gegen 11 Stimmen oblag. Dieses Ergebnis bleibt um so beklagenswerter, als wenige Minuten längeren Verweilens der Zentrumsparter die Gelegenheit gegeben hätte, die entgegengesetzte Entscheidung herbeizuführen.

*

Hausgehilfengesetz.

Der Entwurf eines Hausgehilfengesetzes ist im Reichsarbeitsblatt Nr. 23 vom 15. Sept. 1921 veröffentlicht. (Verlag Reimar Hobbing, Berlin SW. 61, Großbeerenstr. 17.)



Nationale Feier zur Reichsgründung am 18. Januar 1922.

(Fortsetzung des Berichts.)

Solange wir nun Bismarcks Wege gingen, solange ging es aufwärts mit dem Deutschen Reich, aber abwärts ging es, als Bismarck gehen mußte, ein Opfer des jungen Kaisers, der statt Macht-Versöhnungspolitik trieb. Was ist aus Deutschland geworden? Das Land, das einst so reich war, ist heute ein armes Land. Das Volk, das früher groß und frei dastand, trägt jetzt Ketten. Der stolze Rhein sieht die Greuel der schwarzen Schmach! Mehr noch haben wir verloren! Das deutsche Schwert ist zerbrochen! Die stolze deutsche Flotte, die ihre ersten Vorbeerkranze siegreich erkämpfte, ist dem triumphierenden Gegner schmachvoll ausgeliefert worden. Die schwarz-weiß-rote Fahne ist zerrissen und wird heute noch von vielen Söhnen des deutschen Volkes in den Staub getreten. Der deutsche Kaiser ist das bittere Brot der Verbannung! Wir sind ausgerissen aus dem Buch der Geschichte. Wir haben unser Höchstes verloren — die deutsche Freiheit. Als vor etwa 10 Jahren die Universität Berlin den 100. Gründungstag feierte, da strömten die Gelehrten aus allen Ländern herbei, um deutsche Wissenschaft, deutschen Fleiß, deutsche Geistesarbeit als unerreicht in der ganzen Welt zu feiern und zu preisen. Heute weigern sich dieselben Männer, mit deutschen Gelehrten wieder gemeinschaftlich zu arbeiten. Ein Lazarus sind wir, der mit eilen Geschwüren bedeckt, verachtet, im Staube der Straße liegt. Wie jämmerlich würden wir dastehen vor Bismarck, wenn er, wie er einmal wünschte, wieder gekommen wäre, um zu sehen, was aus seinem Werke geworden ist. Wo ist die starke Hand, die alles zusammenfaßt, machtvoll,

die den Parteien, der Zerrissenheit der öffentlichen Meinung den rechten Weg weist?

Soll es so bleiben? Kein Volk stirbt, wenn es leben will, denn der Wille zum Leben ist stärker als der Wille zum Tode. In Hannover ist ein Grab mit einer starken Eisplatte bedeckt, darin die Worte eingemeißelt stehen: Dies Grab darf nie geöffnet werden. Aber ein Samenkörnlein fand Erde zum Keimen unter der Eisplatte, und ein Birkenreis sproßte hervor, das zum Baum wurde und krafftvoll die Grabplatte sprengte. — Ein solches Grab ist heute Deutschland, auf dem der Friedensvertrag liegt. Aber das Reis muß kommen, das den Felsen wegschiebt. Aus dem Geiste Bismarcks muß es kommen, aus dem Lebendigen, aus dem, der das Deutsche Reich geschmiedet hat, und seine Worte und Taten müssen uns den Weg weisen. Bismarck ruft uns zu: Vergiß niemals, du Deutscher, vergiß niemals, daß Politik Macht ist, glaube nicht, daß du durch schöne Reden aus dem Elend herauskommst; nur Taten können dich retten! Nicht durch Winseln fallen deine Ketten. Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte. Es ist noch ein langer Weg bis zu dieser Erkenntnis, und vor allem ist not, uns auf uns selbst zu besinnen. Daran mahnt uns Bismarck, darum fordert er von uns, mehr nationales Empfinden zu entwickeln und zu pflegen. Mit Stolz ruft Bismarck immer: „Wir Deutschen!“ Und was sagen die genannten Führer der Linken von heute? Wir haben kein Vaterland, das Deutschland heißt.

Wir aber erklären, erst kommt unser Land und dann die andern Länder, erst kommt unsere Heimat und dann die Welt. Mit unserer ganzen Liebe treten wir ein für unser Volk, suchen wir die Nothe unseres Volkes abzustellen. In unserer heutigen bedrängten Lage müssen wir auch lernen von Bismarcks Bohn. Unser Volk soll niemals vergessen, was ihm angetan worden ist. Als Frankreich 1871 niedergeworfen worden war, hat man dort das Wort geprägt: Nicht davon sprechen, aber immer daran denken. Was damals für Frankreich galt, gilt jetzt für uns in erhöhtem Maße. Man tut oft so, als könnte der Deutsche nicht hassen und doch sehen wir jeden Tag, daß er mit seinem ganzen Herzen hassen kann, aber er haßt nicht Lloyd George, sondern Ludendorff, er haßt nicht die fremden Kriegsvölker, die uns bedrücken, sondern seine eigenen Offiziere und die kleine Sicherheitswehr, die uns geblieben ist. So was würde man in Frankreich oder England nicht erleben. Dort ist jeder stolz auf sein Vaterland. Und wie Bismarck stolz war auf sein deutsches Vaterland, so müssen auch wir unser Vaterland lieben, obwohl es verachtet ist in der ganzen Welt. Gerade weil es verachtet ist, deshalb ist es unsere Pflicht, uns stolz zu ihm zu bekennen. Und wir geben die Hoffnung nicht auf, daß eines Tages unser Vaterland in alter Größe wieder stehen wird. Lassen wir uns diesen Glauben niemals rauben, denn in diesem Glauben liegt unsere Kraft. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht, und wir glauben nicht, daß die Weltgeschichte mit dem Frieden von Versailles beendet ist. Wir werden uns aber als Volk nur wieder dann erheben, wenn der Geist Bismarcks wieder in unserm Volke lebendig wird, wenn er wie eine Feuerwolke vor unserm Volke herzieht, um es aus dieser Not und Trübsal herauszuführen. Dazu aber ist notwendig, daß wir uns wieder als ein Volk fühlen. Wenn wir wieder eine neue Auferstehung erleben wollen, dann müssen wir uns endlich frei machen von der deutschen Uneinigkeit und Streitsucht, die das deutsche Volk zerspalten und zerreißen. Einigkeit und Recht und Freiheit sind die drei großen Ziele, denen das deutsche Volk nachstreben soll. Dann tritt die Zeit ein, von der der Dichter sagt: Blühe, deutsches Vaterland. Das ist unser Wunsch am heutigen Tage.

Im Anschluß an diese begeisterten Ausführungen sang die Versammlung stehend das Deutschlandlied, worauf Herr Musikdirektor Neuhaus das Solo für Bass-Bariton „Gotentreue“ von Nikolai Wilm, den Schwanengesang eines sterbenden Volkes, in glänzender und zu Herzen gehender Weise vortrug. Nach einem Musikstück des Schüler-Orchesters sang der Quartettverein das Volkslied „Im schönsten Wiesengrunde“ und den Chor von Hegar: „In den Alpen“, worauf mit einem Schlußmarsch die schöne Feier beendet war. Allen Mitwirkenden aber sei an dieser Stelle herzlichst gedankt für ihre freundliche Bereitwilligkeit, mit der sie sich in den Dienst dieser vaterländischen Sache stellten.

Siegen-Nord.

Die Bezirksgruppe Siegen-Nord der Deutschen Volkspartei hatte ihre Mitglieder am Donnerstag zu einem „Familienabend“ bei Beder, Sieghütterhauptweg, eingeladen. Nach einleitenden Begrüßungsworten des Bezirksvorsitzenden Krombach, der die politischen Ereignisse in großen Zügen streifte, nahm zunächst Herr Dr. Kruse das Wort. Er las einen gerade in der heutigen Zeit außerordentlich fesselnden Aufsatz „Zwei Kaiser“ (Wilhelm I. und Friedrich III.) aus Heinrich von Treitschkes Schriften vor. Dann sprach Herr Hellmann — Herr Klingendorff hatte im letzten Augenblick abgefragt — in kurzen, aber sehr interessanten Ausführungen über die politische Lage. Er schilderte den unabänderlich fortbestehenden Vernichtungswillen der Entente, wies auf die furchtbaren Folgen der feindlichen Forderungen hin und betonte demgegenüber, daß in einer solchen Lage nicht die unselige Wirtshaus-Erfüllungs-politik, sondern nur der einheitliche, geschlossene Wille zur Selbsterhaltung helfen könne. Den beiden Vorträgen, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, folgte nach kurzer Pause eine erstaunliche Fülle der Unterhaltung. Herr Wengenroth, von Fr. Jochum begleitet, sang „Rein-treue“ und „Märchen“. Fr. Beder und Fr. Jung, die Herren Friedrich, Wengenroth und Siegf. Jung brachten es durch ihre humorvollen Vorträge in Siegerländer und Nassauer Mundart fertig, die Anwesenden bis gegen 12 Uhr zusammenzuhalten — gewiß ein Beweis, daß es allen gefallen hat.

Altentkirchen.

In der Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 26. Januar, abends 8½ Uhr, sprach Herr Geschäftsführer Nitschke-Stegen über die politische Lage. Der Drehpunkt unserer ganzen politischen Verhältnisse ist der Friedensvertrag von Versailles. Revision oder Fortbestand des Friedensvertrages, das ist die schicksalsschwere Frage, mit der sich die Völker Europas beschäftigen müssen. Nicht aus Liebe zum deutschen Volke, sondern weil man die furchtbaren Folgen im eigenen Lande spürt, deswegen findet man heute überall schon Freunde für eine Revision. Aber Frankreich erkennt, daß mit dieser Revision ein Hineingleiten in neue politische Verhältnisse bevorsteht, die man noch nicht voraussehen kann, die Frankreich aber so zu leiten gedenkt, daß Deutschland niemals hochkommen darf. Was Frankreich aber verhindern will, ein wirtschaftliches Hochkommen Deutschlands, weil es fürchtet, daß damit Deutschland seine alte Kraft erhält, das müssen bis zu einem gewissen Grade die andern Völker anstreben. Hier liegt ein Konflikt zwischen unseren Feinden vor, in den unsere Regierung geschickt eingreifen muß, um das deutsche Volk zu retten. Unsere gesamte innerpolitische Lage auf allen Gebieten ist abhängig von der Erfüllung des Friedensvertrages. Die ungeheure Steuerlast, die jetzt auf das deutsche Volk gelegt

werden soll, ist eine Forderung unserer Feinde. Und weil wir dies erkennen, müssen wir darauf hinarbeiten, daß diese Last vom deutschen Volke genommen wird, damit es leben kann. Der Kampf um die Steuervorlagen wird das deutsche Volk in sich zerreißen, und, was das Traurigste ist, den Blick von der eigentlichen Ursache unseres Elends ablenken. Der Redner führte dann noch näher die einzelnen Steuervorlagen aus und zeigte vor allem, welche Stellung die Deutsche Volkspartei dazu einnimmt. Die Versammlung dankte durch Beifall für diese interessanten Ausführungen und der Vorsitzende, Herr Oberförster Bender, eröffnete die Aussprache, die äußerst lebhaft war und ein Bild entrollte von dem großen Interesse, das man der weiteren innerpolitischen Entwicklung entgegenbrachte. Vor allem beteiligten sich daran die zahlreich erschienenen Kaufleute, Handwerker und Gewerbetreibenden. Man unterhielt sich auch über den neuen, zu gründenden Wirtschaftsverband, und Herr Nitschke wies vor allem auf die politische Gefahr hin, die darin liegt, wenn die Mitglieder des Verbandes ihren Anschluß an die politischen Parteien versäumen und eigene politische Ziele verfolgen. Deshalb forderte er: hinein in die politischen Parteien und Mitarbeit in den Parteien. Die nächste Versammlung soll Ende Februar stattfinden.

Briefkasten.

Bergmann, Mubersbach: Der Reichstagsabgeordnete Bergmann Winnefeld wohnt in Glinnigfeld, Kr. Gelsenkirchen, Kaiserstr. 23.

Schupp, Siegen: Der Stadtverordnete Schmidt hat in der letzten Stadtverordneten-sitzung wegen seiner Stellung zur Verlegung der Schupo nach Siegen eine gründliche Abfuhr seitens der christlichen Gewerkschaftler, der Stadtverordneten Schopp und Wehler, erhalten.

Bädermeister, Hilchenbach: Die angekündigte Brotpreiserhöhung ist eine Folge der Forderung, die die Entente erhoben hat. Achten Sie darauf, welche Hege in kurzer Zeit unter vollständiger Verdrehung der Tatsachen gegen die Landwirte und Bäcker einsetzt wird.

Christlich-Sozial, Weidenau: Lesen Sie im dritten Bande von Bismarcks Erinnerungen das Urteil nach, das Bismarck über die Stöckerische Bewegung fällt.

Außenpolitik, Beldorf: England richtet sich in seiner Politik nur nach den englischen Lebensinteressen und kennt keine gefühlsmäßigen pazifistischen Erwägungen, wie wir Deutsche sie oft haben. Beachten Sie dabei die letzten Ereignisse in Indien, Ägypten, Südafrika und Kleinasien, die in grellem Lichte die Schwierigkeiten der englischen Politik zeigen.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich: P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

An die Bezieger des Beobachters.

Alle Beschwerden über unregelmäßige Zustellung des „Beobachters“ bitten wir bei dem Briefträger oder der Postanstalt des Ortes anzubringen. Sollten dieselben erfolglos sein, so bitten wir, der Geschäftsstelle Siegen, Brüderweg 1, davon Mitteilung zu machen. Die Geschäftsstelle der D. V. P. Siegen, Brüderweg 1.

Die Anzeigen im Beobachter finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.

Wilh. Hees & m. b. H. Siegen

Automobile nur erster Fabrikate
Großes Lager in Auto-Zubehör u. Ersatzteilen,
Bereifungen, Brennstoff und Öle.
Reparatur-Werkstätten • Lackiererei • Polsterei.

» » » Fernsprecher 1566 und 847. « « «

HOTEL HUTHSTEINER.

Tüchtige Sauer

geführt.

Gewerkschaft Vereinigte Henriette Niederheiden.
Melbungen bei der Grubenverwaltung.



J. G. Reichwald
G. m. b. H.
Siegen.

Wäschehaus Franz Scharfger Siegen

bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

W. H. Dickel

Sandstraße 41 Siegen Teleph. 1007

Technische Bedarfsartikel
Gummi- u. Asbestfabrikate.

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für
den herrschaftlichen
und bürgerlichen Tisch.

J. WELTER

Kornmarkt 12-16.

W. Harr, Siegen

Kornmarkt 10 — Fernsprecher 582
Brot- und Feinbäckerei,
Kaffeewirtschaft.

Sämtl. Pelzwaren
eigener Fabrikation
Hüte, Mützen,
Schirme.
Ankauf aller Pelz-
teile.

Pelzhaus Becker Siegen

Fernruf 880. — Marburger Str. 10/12.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf,
Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

BARMER BANK-VEREIN HINSBERG, FISCHER & COMP., SIEGEN

empfiehlt sich zur Ausführung aller bank-
mäßigen Geschäfte.

Heinrich Oehl, Zigarrenspezialgeschäft
Marburger Straße 43.

Todesanzeige.

Am gestrigen Tage starb plötzlich unser
Expedient

Herr Gustav Langenohl.

Der Verstorbene hat während seiner
53jährigen Tätigkeit in unserm Werk sich
als ein zuverlässiger, treuer Beamter gezeigt,
immer bemüht, die Interessen der Firma
wahrzunehmen.

Ehre seinem Andenken!
Dahlbruch, den 2. Februar 1922.
Maschinenbau-A.-G., vorm. Gehr. Klein.

Fenster-
Roh-
Draht-
Spiegel.

Glas

Zierglas, Flachglas jeder Art liefern

Denzer & Wurm G.m.b.H.

Fernruf Nr. 1433. Siegen i. W. Fernruf Nr. 1433.

Jeder Parteifreund wird für den Beobachter.

Feine
Herrenschneiderei

F. r. Grübener

Siegen,
Marburger Strasse 3.
Teleph. 2019.

Hotel Patt Weidenau

(Haltestelle der Strassenbahn)

Erstes u. ältestes Haus am Platze

Gute u. billige Verpflegung.

Buchdruckerei G. Steinhaus

Fernsprecher 477 Siegen Kölner Str. 2 (Axaswende)

Anfertigung aller Drucksachen.

Bürobedarf

Papier- u. Schreibwarenhandlg.

Wilh. Lemke, Siegen

Fernruf 2011 Löhrstr. 39.

August Keller

Juwelier
Siegen i. W., Markt 21
Fernsprecher 471
Ältestes Geschäft am Platze.

Friedrich Müller

Uhren u. Goldwaren
Siegen, Bahnhofstr. 16.

Waffen aller Art

kauft an

Körner, Siegen

LOUIS HEES : SIEGEN i. W.

Fernruf 272.

PANZERGELDSCHRÄNKE : EFFEKTSCHRÄNKE : SCHREIBMASCHINENSCHRÄNKE
SAFES-ANLAGEN : TRESOR-ARMIERUNGEN : MAUERSCHRÄNKE.
STÄNDIGES LAGER IN SCHRÄNKEN VERSCHIEDENSTER AUSFÜHRUNGEN : KATALOG POSTFREI.